

## Inhalt

|                                               |     |
|-----------------------------------------------|-----|
| Massentierhaltung                             | 1/2 |
| Editorial                                     | 2   |
| Sachsentakt reloaded                          | 3   |
| Hochwasserbilanz                              | 4/5 |
| Müllgebühren senken                           | 6   |
| Rechte psychisch kranker<br>Menschen stärken  |     |
| Netzpolitik                                   |     |
| Verlierer der sächsischen<br>Sparwut          | 7   |
| Neuen Länderfinanzausgleich<br>jetzt anpacken |     |
| Termine                                       | 8   |
| Wirtschaftskongress                           |     |
| Impressum                                     |     |

## Massentierhaltung ist uns nicht wurscht

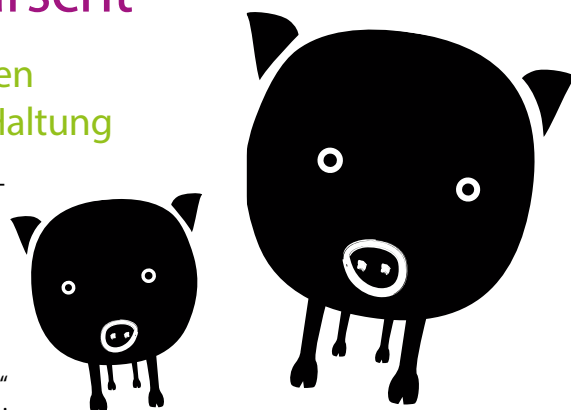
### Neue Internetseite gegen industrielle „Nutztier“-Haltung

„MASSENTIERHALTUNG IST UNS NICHT WURSCHT!“ lautet die Überschrift unserer neuen Internetseite, die sich der Geflügel- und Schweinehaltung in Sachsen widmet. Seit Ende Juni informiert sie über Standorte großer Ställe – viele davon reine „Tierfabriken“ – die von der Staatsregierung großzügig gefördert werden. Allein in den Jahren 2008 und 2009 flossen 44 Millionen Euro in Betriebe dieser Art. Die Homepage verzeichnet rund 170 Anlagen in Sachsen, die aufgrund der Tierzahlen laut Bundesimmissionsschutzgesetz ein Genehmigungsverfahren durchlaufen müssen. Davon sind zwölf im Bau und 14 in Planung. Genehmigungspflichtig sind Tierfabriken mit über 1.500 Mastschweinen, über 560 Sauen der Jungsauenaufzucht und 4.500 Aufzuchtferkel. Bei Geflügel sind dies Anlagen mit über 30.000 Masthähnchen bzw. Junghennen, 15.000 Legehennen bzw. 15.000 Truthühnern.

Herzstück der Seite ist eine Sachsenkarte, auf der sämtliche genehmigungspflichtigen Anlagen mit Geflügel- und Schweinehaltung auf einen Blick zu finden sind. Zahlen und Haltungsangaben hat die GRÜNE-Fraktion im vergangenen Jahr bei der sächsischen Re-

gierung erfragt. Obwohl die Staatsregierung verpflichtet ist, Anfragen der Abgeordneten wahrheitsgemäß und sorgfältig zu beantworten, mussten wir einige Angaben korrigieren. Um bei diesem sensiblen Thema so korrekt wie möglich zu bleiben, haben wir um eine Aktualisierung der Zahlen gebeten.

Ziel der GRÜNEN-Landtagsfraktion ist größere Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie sollen erfahren, dass die Bilder von glücklichen Schweinen auf den Wurstverpackungen im Supermarkt meist nichts mit der Realität zu tun haben. Die Internetseite enthält Details über einzelne Anlagen, erschreckende Bilder aus sächsischen Betrieben, Kontakte zu Bürgerinitiativen und vieles mehr. Ziel ist der Austausch von engagierten Menschen untereinander, die Vernetzung miteinander sowie Aufklärung und Diskussion.



## Hochwasser 2013 – Sachsen muss umsteuern

Der Begriff Jahrhunderthochwasser wurde in weniger als 20 Jahren in Sachsen beziehungsweise ganz Mitteleuropa ad absurdum geführt. Ein kurzer Rückblick: 1997 kam die Oderflut, im Sommer 2002 die große Flut an der Elbe und ihren Zuflüssen, die Tschechien, Österreich und Deutschland unter Wasser setzten. Im Sommer 2010 stand vor allem das Dreiländereck unter Wasser, im Winter 2011 stieg wieder

die Elbe und – last but not least – lief im Juni 2013 das Hochwasser an Donau, Elbe, Saale und Mulde erneut in viele Wohnstuben.

Neben der Schadensbeseitigung beginnt die Auswertung dieser neuerlichen Flutkatastrophe. Trotz aller Erfahrungen wird das dringend notwendige Umdenken in der Hochwasserschutzpolitik hin zu technischem UND ökologischem Schutz kein Selbstläufer sein. Doch die GRÜNE-Landtagsfraktion wird hier nicht locker lassen. Versprochen!



# Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

zugegeben, wir hatten uns auf die Sommerpause des Landtags gefreut. Die Verfassungsänderung mit Schuldenbremse ab 2014 ist unter Dach und Fach. Anderthalb Jahre intensive Debatten zwischen und in den demokratischen Fraktionen und Parteien kamen zum Abschluss.

Doch, wie heißt es? Wer keine Arbeit hat, der macht sich welche.

Ende Juni ging unsere Homepage zum Thema Massentierhaltung in Sachsen online, im Juli machten insbesondere die Verbände der Schweinehalter gegen die Homepage mobil. „Pranger“ und „Hetzkampagne“ – so lauteten die Kommentare. Offenbar haben wir einen empfindlichen Nerv getroffen. Denn die Website [www.massentierhaltung-sachsen.de](http://www.massentierhaltung-sachsen.de) zeigt geballt, wie weit die Industrialisierung bei der Geflügel- und Schweinehaltung in Sachsen vorangeschritten ist. Diese Transparenz ist bitter nötig. Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen hatten sich in den letzten Jahren an uns gewandt, weil

sie sich bei geplanten Neuansiedlungen großer Tierhaltungsbetriebe übergangen fühlten, uns auf fragliche Praktiken bestehender Betriebe hinweisen wollten, die Emissionen der Anlagen beklagten bzw. negative Auswirkungen auf ihre Tourismusregion befürchteten.

Die Eindrücke der Jahrhundertflut im Juni verblasen nach und nach. Doch etliche Fragen verlangen nach Antwort: Was hat beim Hochwasserschutz funktioniert, was nicht? Wo sind Änderungen in der bisherigen Strategie notwendig? Wir haben da etliche Vorschläge. Unser wichtigster: Gebt den Flüssen mehr Raum und redet nicht nur darüber. Gesagt, getan: Die GRÜNE-Landtagsfraktion schlägt 17 neue Überflutungsflächen vor. Wichtig für erfolgreichen Hochwasserschutz: Bindet die Betroffenen rechtzeitig ein. Es ist kein Grund, Bürgerbeteiligung zu verhindern, weil sie schwierig und zeitintensiv ist. Die Niederlande zeigen seit Langem, dass erfolgreicher Hochwasserschutz nur mit allen und einer Kombination aus technischen und ökologischen Maßnahmen erfolgreich ist.



Foto: Simanowski

Und wo wir gerade bei erfolgreich sind: Wie man in Sachsen einfach, zügig und pünktlich von A nach B gelangt, und zwar ohne Auto, zeigt unsere Studie SACHSENTAKT 21. Wir haben unser Mobilitätskonzept aus dem Jahr 2008 weiterentwickelt, Kosten und Infrastrukturenerneuerungen analysiert. Der Entwurf steht auch online zur Diskussion.

Machen Sie mit, wir freuen uns über Beteiligung und rege Debatten. Das gilt für alle Themen.

**Anne Vetter**, stellv. Pressesprecherin  
[anne.vetter@slt.sachsen.de](mailto:anne.vetter@slt.sachsen.de)

## Reaktionen auf die Seite

Resonanz auf die Homepage haben wir erwartet und erhofft, von den zum Teil sehr heftigen Gegenreaktionen waren wir dennoch überrascht.

Helle Empörung über die Veröffentlichung der größten sächsischen Tierhaltungsanlagen herrschen beim Zentralverband der Deutschen Schweineproduktion (ZDS) und bei der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands. In den zahlreichen, oft standardisierten Zuschriften ist die Rede von „Hexenjagd“, „Pranger“ und „Hetze gegenüber Tierhaltern“. Dabei sind die veröffentlichten Informationen kein Geheimnis und über die Homepage des Landtages sichtbar. Die Zusammenstellung auf unserer Homepage zeigt allerdings, wie weit die Industrialisierung in der Landwirtschaft vorangeschritten ist.

Interessanter sind die Zuschriften, die sich mit der Frage: „Ist groß immer schlecht und Tierhaltung im kleinen Maßstab grundsätzlich gut?“ beschäftigen. Damit wollen wir uns auf der Homepage ausführlich auseinandersetzen. Denn auch in kleinen Ställen können Tiere schlecht gehalten werden. Allerdings ist die GRÜNE-Fraktion der Auffassung, dass strukturell eine artgerechte Tierhaltung oberhalb der genehmigungspflichtigen Grenze



kaum oder gar nicht möglich ist. Auch dem Bundesimmissionschutzgesetz liegt die Annahme zugrunde, dass bei Tierbeständen oberhalb der Grenze ein Umweltrisikofür Anwohner und Natur besteht.

Beispielsweise war der massenhafte Gebrauch von Antibiotika in der Massentierhaltung lange bestritten worden, 2012 wurde er in einer Studie aus Nordrhein-Westfalen für die Geflügelwirtschaft belegt. Danach wurden 96 Prozent aller Tiere mit bis zu acht verschiedenen Wirkstoffen behandelt. Dieser Einsatz hat Folgen, z. B. für uns Menschen. Denn Antibiotika-Resistenzen nehmen aufgrund des fahrlässigen Einsatzes von Antibiotika zu. Eine der wirksamsten Waffen der Medizin droht ihre Wirkung zu verlieren. Obwohl die Staatsregierung um dieses Problem weiß, kann sie keine

Informationen liefern, welche Antibiotika in welchen Mengen seit 2005 in der sächsischen Schweine- bzw. Geflügelproduktion eingesetzt worden sind.

Für den Tierschutz bzw. das Tierwohl sind Themen wie unbetäubte Amputation der männlichen Geschlechtsteile und Schwanzkupieren bei Schweinen, Schnabelkürzen bei Geflügel usw. zentrale Diskussionspunkte. Diese Maßnahmen werden von Tierhaltern als unbedingt notwendig angesehen, da es sonst Verletzungen zwischen den Tieren gibt. Das ist nur die halbe Wahrheit. Denn Ursache von aggressivem Verhalten sind u. a. zu viele Tiere auf zu wenig Raum, keine ausreichende Beschäftigung und Stress aufgrund nicht-artgerechter Haltung.

Wir wollen den Fleischkonsum nicht madig machen. Wir verlangen jedoch Respekt dem Lebewesen gegenüber. Die Ausgabe von Fördermitteln soll künftig an Bedingungen wie die Herkunft des Futters (Flächenbindung) und die Art der Tierhaltung gekoppelt werden. Dadurch wird die Abhängigkeit von der Futtermittelindustrie verringert und öffentliches Geld nur ausbezahlt, wenn ausreichend große und tierartspezifisch ausgestaltete Stall- und Auslaufflächen eine artgerechte Tierhaltung ermöglichen sowie gesundheitliche Aspekte der Tiere vor Leistungssteigerung stehen.



# Sachsentakt reloaded

## GRÜNE-Fraktion legt aktualisierte Studie für nutzerfreundlichen ÖPNV vor

Eine Verdopplung der Fahrgastzahlen bei Bus und Bahn in den nächsten zehn Jahren – Das ist und bleibt das ehrgeizige Ziel der GRÜNEN-Landtagsfraktion.

Bereits 2008 haben wir mit der ersten Studie „Masterplan SACHSENTAKT 21“ ein Konzept für den öffentlichen Nahverkehr nach Schweizer und Rheinland-Pfälzer Vorbild erarbeitet. Wir wollen ein umfassendes Mobilitätskonzept für den Freistaat erstellen – unabhängig vom Auto. Jetzt hat die Fraktion die Studie aktualisieren lassen. Die Gutachter der kcw GmbH und des Leipziger Planungsbüros StadtLabor sollten notwendige finanzielle Grundlagen und Infrastrukturmaßnahmen ermitteln.



Eine Verbesserung des Bahnverkehrs wird oft mit einer Beschleunigung auf einer bestimmten Strecke gleichgesetzt, auf der durch Ausbauten Fahrzeitgewinne erreicht werden (sollen). Dabei gerät die Gesamtreisedauer aus dem Blick: Doch was nutzt der beste Streckenausbau, wenn der Anschlusszug gerade abgefahren ist?

### Landesweiter Fahrplan und eine Serviceoffensive

Kern unseres Konzepts ist dagegen ein sachsenweiter Integrierter Taktfahrplan (ITF), bei dem nicht allein Einzelstrecken, sondern deren Verknüpfung mit allen anderen Verkehrsmitteln im Mittelpunkt stehen. Grundlage ist der Stundentakt als landesweiter Standard für alle Busse und Bahnen. Die sicheren Anschlüsse untereinander sollen ein schnelles Vorankommen ohne lange Wartezeiten ermöglichen.

Unsere Studie macht deutlich, dass Tarifsteigerungen und Streckenstilllegungen nicht unabänderlich sind. Wir können ein funktionierendes, landesweites ÖPNV-Netz mit gesicherten Anschlüssen in den Knotenpunkten und guten Informationsangeboten schaffen. Allerdings muss dafür die Verkehrspolitik in Sachsen radikal geändert werden. Das fängt bei der Verkehrsplanung an, die endlich landesweit in den Blick genommen werden muss. Und es geht bei der Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde weiter, die großes Verbesserungspotenzial hat. Wir brauchen einen sachsenweit gültigen Tarif, der sowohl für die Deutsche Bahn als auch für Busse und Straßenbahnen gilt. Zentrale Voraussetzung ist die Rücknahme der ÖPNV-Kürzungen der vergangenen Jahre.

Denn für einen „Integrierten Taktfahrplan“ braucht es klare Ziele, einen langen Atem und Geld. Mit jährlich 50 Millionen Euro Investitionskosten könnten allerdings binnen zehn Jahren wesentliche Voraussetzungen für den Sachsenfahrplan geschaffen werden.

Neben diesen eher technischen Veränderungen braucht der öffentliche Verkehr eine Serviceoffensive. Dazu gehören für uns der Fahrkartenverkauf in den Zügen der Deutschen Bahn und Bahnhöfe, bei denen einem kein kalter Schauer über den Rücken läuft.

### Diskutieren Sie mit

Ob wir mit unserem Entwurf die Anforderungen der Fahrgäste an einen zeitgemäßen öffentlichen Verkehr – pünktlich, häufig, zügig – erfüllen, wollen wir mit Ihnen diskutieren. Gelegenheit dazu bieten unsere Veranstaltungen ab September und unsere Internetseite [www.mobiles-sachsen.de](http://www.mobiles-sachsen.de). Dort bieten wir einen Überblick zum Diskussionsstand mit Stellungnahmen, Hinweisen und Kritik.

### Weitere Informationen

Entwurf des „SACHSENTAKT 21“  
➔ [www.mobiles-sachsen.de/c1169d00.I](http://www.mobiles-sachsen.de/c1169d00.I)





# Vorläufige Bilanz Hochwasser 2013



Vieles hat beim Hochwasser 2013 in Sachsen besser funktioniert als bei den Hochwassern in den Jahren 2002, 2006 und 2010. Verwaltung, Katastrophenschutz sowie Bürgerinnen und Bürger waren gut vorbereitet. Die Informationen, etwa aus Tschechien, kamen früher und verlässlicher und waren öffentlich abrufbar. Die Organisation von Feuerwehr, THW und Rettungskräften funktionierte reibungsloser als 2002. Viele Freiwillige packten mit an und halfen, Schlimmeres abzuwenden. Die sanierten Dämme an der sächsischen Elbe hielten. Wo sie fertig waren, sorgten umfangreiche technische Bauwerke in Stadtzentren für trockene Füße. Für die Unterlieger mit weniger Schutz wurde jedoch der immer weiter angestaute Fluss zum Problem. Hochwasserschutz funktioniert nur mit sämtlichen Elb-Anrainern gemeinsam. Sonst geht der Schutz der einen auf Kosten der anderen. Nach mir die Sintflut, Sankt Florian lässt grüßen.

Auch wenn der technische Hochwasserschutz an vielen Stellen seine erste Bewährungsprobe bestanden hat, stößt er bei extremen Hochwasserlagen an seine Grenzen. Wenn das Hochwasser höher ausfällt als bei dem statistisch alle einhundert Jahre auftretenden Hochwasser (= HQ100), schwappt das Wasser über die teuren Mauern und Dämme. Nur durch eine Kombination aller möglichen Maßnahmen kann der Gefahr einigermaßen begegnet werden. Weder technischer Hochwasserschutz allein noch ausschließlich Deichrückverlegungen werden ein Allheilmittel sein.

Klar ist, dass die Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen aufgrund des Klimawandels zunimmt. In der Atmosphäre löst sich immer mehr Feuchtigkeit. Dadurch kommen Starkregenereignisse häufiger und großflächiger vor. 2013 wird daher vermutlich nicht das letzte „Jahrhunderthochwasser“ gewesen sein. Absoluten Schutz gibt es nicht. Wer dies suggeriert, handelt grob fahrlässig.

Einige aus den Reihen von CDU und FDP zogen vorschnell andere Schlüsse. Sie haben Sündenböcke identifiziert: die Naturschützer. In einer menschlich hoch unanständigen Kampagne haben nicht zuletzt CDU-Vertreter überall im Lande vermeintliche Hochwasserschutz-Verhinderer gebrandmarkt. Trauriger Höhepunkt waren Gewalt- bzw. Morddrohungen im Zuge dieser Anwürfe. Wenn ein CDU-Stadtrat in Flöha in öffentlicher Ausschusssitzung über einen Vertreter eines Naturschutzverbands sagt: „Normalerweise müsste man ihn erschlagen“, dann erwarten wir, dass die CDU hier Konsequenzen zieht. Die falschen Schuldzuweisungen des Ministerpräsidenten bzw. seiner Minister bedürfen einer Entschuldigung. Denn mittlerweile ist deutlich geworden: In keinem Fall in Sachsen ist der Hochwasserschutz allein an Vorbehalten einzelner Bürgerinnen und Bürger oder Verbände gescheitert. Die Gründe waren vielfältiger.

## Wie kann Hochwasserschutz gelingen?



Siedlungen lassen sich durch technische Bauwerke schützen. Die mobilen Spundwände für die Dresdner Altstadt machten sich beim Hochwasser 2013 bezahlt. Allerdings gilt, je höher die Wände, desto höher und schneller auch der Fluss. Das bekommen die Unterlieger zu spüren. Im Dresdner Fall der Stadtteil Gohlis und Meißen. Oder großräumiger betrachtet: Während in Dresden der Elbpegel 64 Zentimeter unter dem des Hochwassers 2002 blieb, lag der Pegelstand im anhaltischen Dessau – weit vor Einmündung der Saale – 30 Zentimeter über 2002. Sachsen hat die Flut quasi exportiert, statt das Wasser auf geeigneten Überflutungsflächen zurückzuhalten.

Der Grund liegt auf der Hand, Sachsen hat kaum noch natürliche Überflutungsflächen. An den Gewässern des Freistaats gingen in den vergangenen Jahrzehnten Tausende Hektar Retentionsraum verloren. Auf den verbleibenden Flächen steigt das Wasser entsprechend höher. Darum müssen dort, wo es möglich ist, große Auenflächen, die heute hochwasserfrei hinter Deichen liegen, wieder mit dem Fluss verbunden werden. Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat eine Studie in Auftrag gegeben und Vorschläge erarbeiten lassen. Das beauftragte WWF-Aueninstitut identifizierte allein an der Elbe, der Zwickauer Mulde, der Freiburger Mulde und der (vereinigten) Mulde 17 mögliche neue Überflutungsgebiete mit einer Ausdehnung von 3.428 Hektar.

Nach dem Hochwasser 2002 wollte Sachsens Staatsregierung ursprünglich 49 Deichrückverlegungen und Polder umsetzen. Insgesamt hätte dies eine Überflutungsfläche von 7.500 Hektar ergeben. Doch bis heute wurden ganze zwei Flächen mit insgesamt 111 Hektar neu ausgewiesen. Das sind nur 1,5 Prozent des ursprünglichen Plans. Diese Verzögerung ist kein Zufall: Insgesamt wurden seit dem Jahr 2002 530 Millionen Euro für sächsischen Hochwasserschutz ausgegeben, davon allerdings nur fünf Millionen Euro für Überschwemmungsflächen. In Sachsen wurde eine Hochwasserbürokratie geschaffen, die mit großen Investitionen Anlagen schafft, die in den Folgejahren enorme Unterhaltungskosten mit sich bringen.

Selbst bei den technikverliebten Ingenieuren von Regierung und Landestalsperrenverwaltung müsste sich allmählich die Erkenntnis durchsetzen, dass technische Schutzsysteme nicht beliebig hoch gebaut und ertüchtigt werden können. Heutige Deiche sind am Fuß oftmals schon breiter als 40 Meter. Es ist deutlich kostengünstiger, an Landwirte für Ertragsausfälle im Überschwemmungsfall großzügige Ausgleichszahlungen zu zahlen, als den Fokus allein auf technischen Hochwasserschutz zu legen – samt seiner Folgeschäden.

### Weitere Informationen

17 Vorschläge der GRÜNEN-Fraktion für weitere Überflutungsflächen in Sachsen

[gruene-fraktion-sachsen.de/b5a03356.I](http://gruene-fraktion-sachsen.de/b5a03356.I)



# Wie muss ein Hochwasserschutzkonzept aussehen?

## Von der Quelle zur Mündung

Die GRÜNE-Fraktion fordert ein Gesamtkonzept für den Hochwasserschutz, beginnend bei den Hochwasserentstehungsgebieten, z. B. im Erzgebirge. Sachsen und die Bundesregierung müssen die tschechische Regierung darum bitten, mehr Überflutungsflächen einzurichten. Und wir müssen die Projekte zum Schutz der Menschen im Oberen Elbtal auch finanzieren. Vergleichbare Vereinbarungen gibt es mit Österreich im Donauraum. Damit Deutschland die Donau entschleunigt und Hochwasserrisiken für die Unterlieger senkt, arbeiten beide Länder eng zusammen. Und über die Ländergrenzen hinweg funktioniert auch der Hochwasserschutz am Rhein.

Das sächsische Hochwasserschutzkonzept muss auch die Gewässer I. und II. Ordnung stärker beachten. Die Unterteilung der Gewässer richtet sich nach ihrer wasserwirtschaftlichen Bedeutung sowie den Kosten für ihren Erhalt. Für die Gewässer I. Ordnung ist in Sachsen das Land, konkret die Landestalsperrenverwaltung zuständig. Für die Gewässer II. Ordnung sind die Kommunen verantwortlich. Gerade in den kleineren Kommunen ist das Geld für Pflege und Unterhalt der Flüsse sowie der Hochwasserschutzanlagen knapp. Mitunter fehlt auch die notwendige Fachkenntnis. Eine stärkere Koordinierung des Flutschutzes durch die Landesbehörden scheint hier dringlich zu sein.



Foto: © Olekij Dschemio - Fotolia.com

## Priorität für ökologischen Hochwasserschutz

In der Hochwasserschutzpolitik muss die Wende von der Priorisierung des technischen Hochwasserschutzes hin zum nachhaltigen und ökologischen Schutz gelingen. Die schon benannten Auen sowie andere natürliche Wasserspeicher wie Moore, Wälder, Wiesen und Felder in der unbebauten Landschaft müssen für den Wasserrückhalt reaktiviert werden. Bislang ist die Entwicklung eher gegenläufig. Die Fluss-Einzugsgebiete werden über immer neue Gräben oder Drainagen entwässert. Wiesen, Wälder, Sümpfe und Moore verlieren ihre natürliche Schwammfunktion.

Ein anderes Dauerproblem ist der ungebremste hohe Flächenverbrauch in Sachsen – trotz sinkender Bevölkerungszahl. Versiegelter Boden kann kein Wasser aufnehmen. Laut Umweltbericht der Staatsregierung wurden im Jahr 2010 immer noch 8,2 Hektar Fläche täglich neu versiegelt. Das sind acht Fußballfelder in 24 Stunden. Die GRÜNE-Fraktion setzt sich für eine Null-Neuversiegelungsrate ein.

Das im Landesentwicklungsplan 2003 verkündete Waldmehrungsziel für Sachsen findet unsere volle Unterstützung. Allerdings liegt das Ziel des Waldanteils von 30 Prozent der Landesfläche nach wie vor in weiter Ferne. Vom Jahr 2007 bis zum Jahr 2011 stieg der Waldanteil von 28,3 Prozent nur um 0,1 Prozent. Damit überhaupt eine Chance besteht, das 30-Prozent-Ziel zu erreichen, hat Umweltminister Kupfer das Jahr 2050 als Endpunkt benannt. Das bedeutet, dass jährlich nur 750 Hektar Wald dazukommen sollen. Diese Fläche wird hierzulande allein in drei Monaten neu versiegelt. Hier reißt also die eine Hand mehr ein, als die andere aufbaut.

## Problem: Neues Wassergesetz beruht auf veralteter Politik

Sachsen hat 2010 im Wassergesetz das Vorkaufsrecht des Landes und der Kommunen für Gewässergrundstücke und an Gewässern angrenzende Grundstücke abgeschafft. Im nach der Flut im Juli 2013 verabschiedeten Wassergesetz wurde diese auch von den Kommunen vielfach kritisierte Regelung nicht korrigiert. Mit dem neuen Wassergesetz wurden die letzten Hindernisse für Sachsens Deichbauer geschliffen. Es wurde darauf verzichtet, ein striktes Bebauungsverbot in Überschwemmungsbereichen aufzunehmen. Die geplante Verfahrensbeschleunigung beschneidet die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verbände. Bedenken müssen ernst genommen und dürfen nicht einfach übergangen werden – auch wenn das manchmal schwierig ist. Hochwasserschutzanlagen werden für Generationen errichtet. Einschneidend ist die Abschaffung der Abwägungsmöglichkeiten bei der Planfeststellung. Experten sehen darin ein schwerwiegendes Abweichen von bundesweit einheitlichen Grundsätzen. Konkret bedeutet diese Regelung für den Hochwasserschutz: Wenn eine völlig überflüssige und überdimensionierte Anlage geplant wird, diese aber nicht unmittelbar gegen ein Gesetz verstößt, muss sie zwingend genehmigt werden – auch wenn ihr überwiegend Gründe entgegenstehen. Das im Gesetz festgelegte absolute Bepflanzungsverbot und die Entfernung von Gehölzen selbst auf kleinsten Hochwasserschutzanlagen sind völlig überzogen.

Unser Fazit zum Wassergesetz: Der technische Hochwasserschutz wird trotz der Erfahrungen der jüngsten Flut weiter klar bevorzugt. Das nötige Umsteuern in Richtung nachhaltiger Hochwasserschutz fehlt.

Foto: © mung pixels - Fotolia.com





## Müllgebühren senken – sächsischen Müll in Sachsen verwerten

Das Thema Müll beschäftigt die GRÜNE-Fraktion seit Langem. Ein auf unser Betreiben hin eingerichteter Untersuchungsausschuss widmet sich den fragwürdigen Praktiken auf sächsischen Abfallanlagen. Doch die Ostsachsen plagt ein neues Problem: Die Abfallgebühren steigen und steigen.

Ursache dafür sind völlig überhöhte Abfallmengenprognosen Anfang der 90er Jahre. Die viel zu große Müllverbrennungsanlage Lauta (TA Lauta) wurde trotz Einwänden von Experten vom damaligen Umweltminister Arnold Vaatz (CDU) durchgesetzt. Der Regionale Abfallverband Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) verpflichtete sich in einem Knebelvertrag bis zum Jahr 2033 eine Abfallmenge von 110.000 Tonnen jährlich an die TA Lauta zu liefern, für einen Festpreis von 115 Euro pro Tonne. Derzeit fallen aber aufgrund von demographischer Entwicklung und von Mülltrennung nur 80.000 Tonnen Müll in Ostsachsen an, bis zum Jahr 2033 werden es nur noch 60.000 Tonnen Müll sein. Für den fehlenden Abfall muss der RAVON Ausgleichszahlungen von 115 Euro je Tonne an die

Eigentümer VATTENFALL und STEAG zahlen. Handelte es sich 2010 um 500.000 Euro, lag der Betrag 2012 bereits bei drei Millionen Euro im Jahr. Bis 2033 drohen Strafzahlungen von insgesamt 100 Millionen Euro. Damit überdimensionierte Anlagen kostendeckend arbeiten, haben sich einige Betreiber auf Müll aus dem Ausland spezialisiert. In den Landkreisen Görlitz und Bautzen muss der RAVON die Kosten auf die Bevölkerung umlegen.

VATTENFALL und STEAG hingegen bieten ihre Leerkapazität Dritten zu Kampfpreisen (derzeit etwa 25 Euro pro Tonne) an. So subventionieren die Gebührenzahler der Landkreise Görlitz und Bautzen die Gewinne Dritter.

Um einen Ausweg aus der Müllkostenspirale zu finden, hat die GRÜNE-Fraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht. Der Vorschlag: Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sollen sächsische Siedlungsabfälle nicht mehr exportiert werden dürfen, sondern in Sachsen verwertet und entsorgt werden. So könnten diese Abfälle über die RAVON in Lauta verbrannt werden und die



Foto: airArt - Fotolia.com

Gebühren für die Ostsachsen steigen nicht weiter. Auch Transportwege würden verringert, Ressourcen geschont und gesundheits-schädliche Immissionen vermieden.

Zu diesem Antrag findet am 6. September im Umweltausschuss des Landtags eine öffentliche Expertenanhörung statt. Wir fragen auch, inwieweit die Staatsregierung ihre Fach- und Rechtsaufsichtspflicht vernachlässigt hat. Die Genehmigung für die katastrophalen Verträge zwischen RAVON und der TA Lauta hätte niemals erteilt werden dürfen.

### Weitere Informationen

GRÜNER Antrag Drs. 5/11963 „Weitere Steigerung der Müllgebühren in Ostsachsen stoppen – Autarkieverordnung für gemischte Siedlungsabfälle in Sachsen einführen“:

[gruene-fraktion-sachsen.de/1fc820ce](http://gruene-fraktion-sachsen.de/1fc820ce)

## Rechte psychisch kranker Menschen stärken

### Alternativen zur Zwangsbehandlung ausbauen



Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar dieses Jahres eine für psychisch kranke Menschen wegweisende Entscheidung (Aktenzeichen: 2 BvR 228/12) getroffen: Es hat die zwangsweise Gabe von Medikamenten für nichtig erklärt (Paragraph 22 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über die Hilfen und Unterbringung bei psychischen Krankheiten).

Das bedeutet, dass in psychiatrischen Kliniken keine Medikamente mehr verabreicht werden dürfen, wenn die Patientin oder der Patient damit nicht einverstanden ist. Solange keine Rechtsgrundlage für die zwangsweise Verabreichung von Medikamenten existiert, sind die Kliniken nun verpflichtet, auf alternative Behandlungsmethoden zurückzugreifen. Eine gesetzliche

Neuregelung für Sachsen, die sich an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und an der UN-Behindertenrechtskonvention orientiert, steht aus.

In dieser, durch das höchste Gericht verordneten „Zwangspause“ wollen wir einen transparenten und partizipativen Arbeitsprozess über die Fortentwicklung des Systems der psychiatrischen Versorgung in Sachsen anstoßen und dabei Menschen mit psychischen Erkrankungen, Psychiatrieerfahrene, deren Angehörige und die sie vertretenden Verbände und Organisationen beteiligen. Die GRÜNE-Fraktion lädt am 11. September zu einem Fachgespräch ein. Die Ergebnisse dieses Erfahrungsaustauschs wollen wir danach in einem Antrag bündeln und in den Landtag einbringen.

### Veranstaltung

Fachgespräch, 11.9., 15 bis 18 Uhr  
Saal 2 im Sächsischen Landtag

## Kongress Netzpolitik

Netzpolitik betrifft die meisten von uns. Denn mittlerweile wird das Internet von drei Vierteln der Bevölkerung genutzt. Breitbandzugang, Urheberrecht und die Wahrung bürgerlicher Rechte sind im digitalen Zeitalter keine Nischenthemen mehr. Die NSA-Affäre hält uns zu Recht in Atem. Holzschnittartig wird es, wenn es um den Umgang mit einhergehenden Problemen geht. Einfache Antworten gibt es aber weder beim Jugendmedienschutz noch bei der Regulierung marktmächtiger Internetkonzerne wie Facebook und Google.

Auf dem netzpolitischen Kongress der GRÜNEN-Fraktion am 2. November in Leipzig sollen netzpolitische Themen reflektiert sowie Herausforderungen und Perspektiven mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert werden. Die GRÜNE-Fraktion legt zudem ein Grundsatzpapier mit Prinzipien GRÜNER Netzpolitik vor. Besonderes Augenmerk liegt auf der mobilen Internetnutzung und ihren Konsequenzen.

# Verlierer der sächsischen Sparwut

## Wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft zur Regel werden

Es war lange ein offenes Geheimnis: Das Befristungswesen an den Hochschulen ist zur Regel geworden. Nun hat eine Anfrage der GRÜNEN-Landtagsfraktion die ganze Misere öffentlich gemacht. Wer sich heute für eine Karriere in der sächsischen Wissenschaft entscheidet, begibt sich auf einen hoch riskanten Berufsweg, der oft in die Sackgasse führt.

Noch 2009 war zumindest knapp jede dritte Stelle unbefristet besetzt, 2012 konnte nur noch jeder Fünfte im wissenschaftlichen Mittelbau ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sein Eigen nennen. Anders ausgedrückt: An den Universitäten sank die Zahl der unbefristeten Stellen innerhalb von drei Jahren von 14 auf zehn Prozent.



Befristungen als solche sind kein Teufelszeug. Es kann dafür durchaus gute Gründe geben, etwa für Projekte mit kurzer Laufzeit oder für Qualifikationsphasen. Beunruhigend ist jedoch, dass die Balance zwischen unbefristeten und Zeitverträgen verloren gegangen ist. Hinzu kommt, dass immer häufiger Kettenverträge mit Laufzeiten von unter sechs Monaten vergeben werden. Wiesen 2009 noch 21 Prozent der befristeten Stellen eine Laufzeit von unter sechs Monaten auf, waren es 2012 bereits 24 Prozent. Dabei belegen die Universitäten mit einem Anteil der Kurzzeitbefristeten von 30 Prozent einen traurigen Spitzenplatz, gefolgt von den Fachhochschulen mit 25 Prozent.

Die gern von der Landesregierung vorgebrachte Argumentation, dass es im wissenschaftlichen Mittelbau nun einmal häufiger zeitlich begrenzte Aufgabengebiete gebe, überzeugt angesichts der nackten Zahlen nicht. Daueraufgaben wie

Laborbetreuungen und Lehre benötigen keine befristeten Arbeitsverhältnisse und erst recht keine mit äußerst knapp bemessenen Laufzeiten.

Wer jungen Akademikerinnen und Akademikern solche Arbeitsverhältnisse zumutet, braucht sich nicht zu wundern, wenn sie Sachsen den Rücken kehren. Denn wer kann und will es sich und seiner Familie auf Dauer zumuten, über Jahre ohne verlässliche Perspektive zu arbeiten?

Die GRÜNE-Landtagsfraktion fordert angesichts dieser Entwicklung, dem Befristungswesen durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ein Ende zu setzen und Mindestanteile unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse festzusetzen. Vor allem müssen die Hochschulen für ihre wachsenden Aufgaben in Lehre und Forschung eine ausreichende Grundfinanzierung erhalten.

### Weitere Informationen

GRÜNER Antrag „Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs – zukunftsfähige Personalstrukturen an den Hochschulen schaffen“

[gruene-fraktion-sachsen.de/52381eee](http://gruene-fraktion-sachsen.de/52381eee)

# Neuen Länderfinanzausgleich jetzt anpacken

## Länder brauchen Ausgleich, aber keine spezielle Ostförderung mehr

Nach der Bundestagswahl werden die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich öffentlich wahrnehmbar beginnen. Bislang gab es einige Aufwärmübungen: Gutachten wurden in Auftrag gegeben, die Geberländer Bayern und Hessen reichten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

Der gültige Länderfinanzausgleich (LFAG) trat 2004 in Kraft. Zusammen mit dem Solidarpakt II läuft er bis Ende 2019. Der Solidarpakt II, in dem die Aufbau-Ost-Leistungen abgebildet werden, war eine Ergänzung. Sie war nötig geworden, weil die kommunale Finanzkraft nur zu rund zwei Dritteln in die Ausgleichsberechnungen eingeflossen war, was zu Verzerrungen führt. Ein Land wie Bayern steht „ärmer“ da als es ist, ein Land wie Sachsen „reicher“. Es ist absehbar, dass die kommunale Finanzkraft auch über 2019 hinaus in Ostdeutschland erheblich geringer ausfällt als im Westen. Die demographische Entwicklung, eine andere Unternehmensstruktur und Unterschiede in den Möglichkeiten der Gewerbesiedlung sind Gründe dafür. Um ein reales

Bild zu bekommen, ist die erste Forderung der GRÜNEN-Fraktion, die kommunale Finanzkraft zu 100 Prozent abzubilden.

Einen Solidarpakt III wollen wir nicht. Das ist 2019, 30 Jahre nach dem Mauerfall, nicht mehr vermittelbar. Zudem ist der Solidarpakt voll mit Verwendungsvorgaben, die, wie bei den Infrastrukturinvestitionen, nicht mehr zeitgemäße Entwicklungen finanzieren.

Sinnvoll ist es allerdings, andere Instrumente des Finanzausgleichs zwischen den Ländern beizubehalten und anzupassen. Dazu gehört aus ostdeutscher Sicht der Umsatzsteuervorgewegausgleich, der vor dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne dafür sorgt, dass die ostdeutschen Länder aus dem Tief ihrer eigenen Steuerkraft auf ein Niveau von 90 Prozent des Bundes-



durchschnitts angehoben werden. Die Steuereinnahmen decken nur rund 50 bis 60 Prozent ihrer Ausgaben. Erst danach erfolgt der Finanzausgleich im engeren Sinne, der die Geberländer Bayern und Hessen wortgewaltig vor dem Bundesverfassungsgericht klagen lässt.

Bei einer Anrechnung der tatsächlichen kommunalen Finanzkraft, der Beibehaltung des Umsatzsteuervorgewegausgleichs und Bundesergänzungszuweisungen, die für gemeinsame Aufgaben wie z. B. die Bildungsfinanzierung

gelten, könnte man auf diesen Finanzausgleich im engeren Sinne zumindest teilweise verzichten.

Am Ende wird es darauf ankommen, dass die ost- und norddeutschen Länder eine gemeinsame Strategie finden, die Stadtstaaten neu bewertet werden und man eventuell Bundesländer zusammenlegt. Das wird kein leichter Gang, aber ein gerechter Länderfinanzausgleich gehört auf die Tagesordnung.

# Termine

**6. – 8. September 10 – 20 Uhr**

## Tag der Sachsen

Infostand der Fraktion  
Schwarzenberg

**9. September 18 Uhr**

## SACHSENTAKT21 „Mehr Bahn für alle! Weichen richtig stellen für den Öffentlichen Verkehr in der Oberlausitz“

Diskussion  
Bautzen, Haus der Sorben

**9. September 18 Uhr**

## Leitbild Schweiz oder Kasachstan – Entwicklung der ostdeutschen Agrarstrukturen und ihre Folgen

Diskussion  
Klein Krauscha, Gut Krauscha

**11. September 15 Uhr**

## Rechte psychisch Kranker

Fachgespräch  
Dresden, Sächsischer Landtag

**16. September 19 Uhr**

## SACHSENTAKT21 „Mehr Bahn für alle! Weichen richtig stellen für den Öffentlichen Verkehr im Vogtland“

Diskussion  
Plauen, Malzhaus

**3. Oktober 14 – 18 Uhr**

## Tag der Offenen Tür

Infostand der Fraktion  
Dresden, Sächsischer Landtag

**10. Oktober 15 Uhr**

## „Wie will ich wohnen, wenn ich alt bin?“

Diskussion  
Leipzig, Haus ohne Barrieren

**12. Oktober 10 – 16 Uhr**

## Wirtschaftskongress „GLOBAL-REGIONAL-EGAL?“

Kongress  
Leipzig, Alte Nikolaischule

**2. November 10 – 18 Uhr**

## Netropolitischer Kongress

Leipzig, VDI GaraGe

**18. November 17 Uhr**

## GRIBS – der sächsische Kinderrechtspreis

Vorstellung und Preisvergabe  
Dresden, Sächsischer Landtag

**30. November 10 – 17 Uhr**

## 7. Sächsischer Klimakongress: Ökologische Marktwirtschaft – nur ein Traum?

Dresden, Hörsaalzentrum TU Dresden

**7. Dezember 10.30 – 17 Uhr**

## 2. Sächsische Radkonferenz

Chemnitz, Weltecho

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangaben finden Sie unter:  
[gruene-fraktion-sachsen.de/termine](http://gruene-fraktion-sachsen.de/termine)

# Publikationen



## Bestellen

Die Broschüren sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über:  
[publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de](mailto:publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de)

# Nachhaltiges Wirtschaften – Kongress der GRÜNEN-Fraktion

Trotz Klimawandel, Ressourcenverknappung und schwieriger Wirtschaftsentwicklung außerhalb von Sachsens Großstadt-speckgürteln setzt die Staatsregierung einseitig auf Exportwirtschaft. Dabei böte aus GRÜNER Sicht eine Stärkung der Regionalwirtschaft große Chancen, die wirtschaftliche Entwicklung in der Breite zu stärken. Lange Transportwege fielen weg, der Konkurrenzdruck würde geringer, Verflechtungsgrad und Abhängigkeiten in der Wirtschaft könnten sinken. Am 12. Oktober will sich die GRÜNE-Fraktion auf ihrem Wirtschaftskongress „GLOBAL-REGIONAL-EGAL?“ in Leipzig mit Chancen und Grenzen der Regionalwirtschaft aus-

einandersetzen sowie Beispiele regionaler Kooperationen vorstellen. Ziel des Kongresses ist es, das Gespräch zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft in Gang zu bringen. Nach einem Auftaktreferat sollen in vier Foren folgende Themen diskutiert werden: „Urban Gardening – Teil der Regionalwirtschaft oder Modetrend?“, „Stadt-Land-Kooperationen – Wettbewerbsfähigkeit von Regionen stärken“, „Mikrokredite als alternatives Finanzierungsmodell“ und „Energiegenossenschaften – gründen und profitieren“. Der Kongress soll Anstoß sein, das wirtschaftliche „Schicksal“ wieder mehr in die eigenen Hände zu nehmen.

## Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493 48 00  
Telefax: 0351/493 48 09  
E-Mail: [gruene-fraktion@slt.sachsen.de](mailto:gruene-fraktion@slt.sachsen.de)

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),  
Grit Ebert, Andreas Jahnel